

Die Ablehnung des gleichen Wahlrechtes.

Die Regierungsvorlage über das gleiche Wahlrecht mit 235 gegen 183 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. — Auch die weiteren fortschrittlichen und sozialdemokratischen Verbesserungs-Anträge abgelehnt (Eigener drahtlicher Parlamentsbericht der „Saale-Zeitung“)

Abg. Karbott führte in seiner Rede im preussischen Abgeordnetenhaus über den Antrag, die Bestimmungen in unserer geistigen Radikalmittel-Nummer herabzusetzen, weiter aus: Wenn ein großer Teil der konservativen Partei des Herrenhauses gewillt ist, auf den Boden des gleichen Wahlrechts zu treten, glauben Sie, daß Sie dann wirklich bei den kommenden Wahlkämpfen wieder gewählt werden? Nehmen wir einmal an, die Herren werden

in aller Stärke wiederkommen, glauben Sie, daß dann das letzte Wort gesprochen ist? Dann werden Sie bei den Reichstagswahlen nicht mehr in der bisherigen Stärke in den Reichstag zurückkehren. Weiter bestimmt sich zu meiner Haltung die Tatsache, daß die Frage der Behandlung des gleichen Wahlrechts in diesem Hause auf die weitesten Arbeiterkreise den denkbar schärfsten Eindruck machen muß. Wir ahnen nicht, wie lange dieser Krieg noch dauern wird. Wir ahnen nicht,

welches Maß von Not und Entbehren das Volk wird noch tragen müssen. (Sehr richtig!) Wir alle wissen, daß die große Masse der Bevölkerung in den großen Städten an Not und Entbehren leidet, daß sie darunter schwerer leidet wie wir auf dem Lande. Wie aber sollen Not und Entbehren weiter getragen werden, wenn die Lust so mit Erbitterung geschwängert wird? (Sehr wahr! links.) Diese unerfreuliche, bedenkliche und bedauerliche Situation wird in der großen Masse von gewissenlosen Agitatoren ausgenutzt werden. (Sehr richtig!) Wir stehen doch nach dem Kriege vor beispiellos schweren Aufgaben. Sie können und werden nur gelöst werden, wenn

ein Geist der Verantwortlichkeit und der Zusammenarbeit herrscht. Ein derartiges Verständnis auch nur einer den bürgerlichen Parteien wird nicht zu ergreifen sein, wenn in der Frage des gleichen Wahlrechts nicht glatte, Tisch gemacht wird. (Sehr richtig!) Wofin werden wir auch kommen, wenn wir im Reichstage weiter geschwätzt werden! Wir wollen wir unter diesen Umständen im Reichstage die Interessen des Grundbesitzes vertreten? Herr v. Hedenbrand rügte. Sie verkennen, daß Deutschland in den vier Kriegsjahren eine große Entwicklung durchgemacht hat, zu der jetzt mehrere Generationen erforderlich gewesen wären. (Sehr richtig! links.) Wenn es den konservativen Parteien nicht gelingt, auch

ihre Seite den großen Massen nahezu kommen, wenn sie nicht auf eine Volkspartei in dem Wortes wahrster und bester Bedeutung werden, dann sehe ich sehr schwarz für die Zukunft der beiden Parteien. Was das Wahlrecht anlangt, so habe ich mich nicht davon überzeugt, daß dieses Wahlrecht mit allem, was drum und dran hängt, gegenüber dem gleichen Wahlrechte das kleinere Uebel ist. Wenn wir das Wahlrecht abgelehnt bekommen, so ist damit nur der Weg zum gleichen Wahlrechte gebahnt. Das neue Haus wird auch in diesem Falle eine starke Mehrheit für das gleiche Wahlrecht erbringen. Das Wahlrecht wird nicht immer als eine große Ungerechtigkeit empfunden werden. (Sehr richtig!) Wenn der Krieg sie tiefer schmerzt, der gewinnlos ist, kein seiner Reize zu haben, nur eine Stimme hat, und wenn der Kriegswüterer, der hinter der Front gesessen hat, drei, vier oder gar fünf Stimmen hat, so wird das

ein ungeheurer Erbitterung hervorzurufen. Die Herren von der Sozialdemokratie brauchen dann nur in die Wahlversammlungen zu gehen und zu sagen: „Das dankbare Vaterland den Kriegsteilnehmern.“ Nur Zusagen von beiden Seiten können das Reformwerk zustande bringen. Was die Stimmartenpolitik anbetrifft, so halte ich es für bedenklich, wenn man bei der Maßnahme der Regierung gleich von einem völligen

Russensfeld spricht. Dadurch wird unnötige Unsicherheit und Unruhe in die Gemüter der Stimmarten hineingetragen. Wir werden den

Deutschen in der Ostmark einen besseren Dienst erweisen, wenn wir nicht Rissmacherei und Plaudereien, sondern Optika machen. Der Antrag Lehmann ist zweifellos eine Verbesserung des Stimmartenwahlrechtes. Aber um des Unterchiedes um das gleiche Wahlrecht sollte man denn doch nicht so schwere Gefahren heraufbeschwören, wie dies hier geschieht. Es würde

ein Gefühl des Aufstehens durch das Volk gehen, wenn eine Verhinderung für die preussische Wahlreform nicht nur unter den Parteien, sondern auch mit der Staatsregierung möglich wäre. Große Unruhe und große Gefahren wären damit ein für alle Mal beseitigt. Hoffentlich wird das, was noch anzuhören kommt, zum Heil und Segen des Landes gereichen. (Schärfster Beifall.)

Abg. Dr. Otto (Halt.): Im Namen eines Teiles meiner Fraktion las ich erklären, daß wir uns auf den Boden der Regierungsvorlage stellen. Kein einziges Mitglied aus meiner Gruppe verkennt die Schwierigkeiten, die mit der Durchführung der Reform verbunden sind, die uns veranlassen haben, für die Regierungsvorlage zu stimmen, gehört auch die Wahrung, die die königliche Politik auf die breiten Massen unseres Volkes ausübt. Abg. von der Ostmark (Halt.): Ich kann die Staatsregierung von der Verantwortung nicht frei sprechen, daß sie nicht alle Mittel in Anspruch nahm, um zu verhindern, daß wir in dieser schweren Zeit zu so schweren innerpolitischen Kämpfen gekommen, wie wir sie jetzt haben. Der Eindruck der Verhandlungen in den letzten Tagen war kein erhebender. Man hat die aus innerer erster Überzeugung kommenden Ausführungen des Grafen Spee als Stimmzettel bezeichnet. (Sehr richtig! und Zwischenrufe bei der Rede.) Sie können sich nicht weit machen davon, daß Sie dieser ersten Anregung

nicht in der richtigen Form gegenüber getreten sind. (Stimmlicher Widerspruch der Volkspartei. Der Präsident mahnt zur Ruhe.) Wenn ein Redner uns vorgelesen hat, daß unsere Haltung bestimmt sei durch die Frucht der Konventionen vor dem Verlust ihrer Wadsworth, so müssen wir das als eine Erleichterung empfinden. Der Fall-Erfolg ist gebort durch den damaligen Ministerpräsidenten und wenn wir aus erhellten Reden zu einer anderen Überzeugung gelangt sind, so verziehen wir damit keinesfalls gegen die Ehre der Krone, sondern erfüllen lediglich unsere bekannte Pflicht. In seinen weiteren Ausführungen wendet sich der Redner gegen die demokratische Presse. Ich will nicht höhere Worte hier gebrauchen. (Lachen.) Wir auf der Rechten sollen aber stets still halten und alles über uns ergehen lassen. (Sehr richtig! links.) Auch unsere Söhne befinden sich an der Front und ich erwidere den Dank des Vaterlandes sowie einige Mitglied im politischen Leben. (Stimmlicher Beifall rechts. Zwischenrufe links.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird gegen die Stimmen der Linken angenommen. Als Redner waren noch vorgemerkt Dr. Forst (Seniorm.), Kraus (Halt.), Kanzow (Halt. Sp.) und Bus (Halt.). Es folgen persönliche Bemerkungen. Abg. Dr. Baumbach (Halt. Sp.) stellt aus dem Ausnahmefall fest, daß der Abgeordnete von der Ostmark (Halt.) im Anschluß erklärt habe, daß das Volk noch nicht politisch reif sei. Jedermann sollte zu seinen Worten stehen. Herr

Warum stehen Sie sich nicht in einer großen Stadt nieder? Nur in Großstädten kann man Karriere machen“, bemerkte Lore.

„Sehen Sie“, entgegnete Bendler mit einem besondern Lächeln, „beide Dinge, Großstädte und Karriere machen, stehen nicht auf meinem Programm. Unsere Großstädte wachsen sich immer mehr zu einem Uebel für Leib und Seele aus; ich will keine Himmelsluft und Ergerdampf atmen, um nicht langsam, aber sicher zu degenerieren. Und ich will mir hier auf dem freien Lande trotz meiner angestrebten Arbeit einen großen Wirtshauspreis verdienen. Wenn ich dabei zu Ehren und Ansehen komme, soll es mir recht sein und mich freuen. Denn der hochstrebende Mann hat sehr Einspruch.“

„Was haben Sie noch für rührende Ideale!“ „Ich habe allerdings ein erhabeneres Ideal für Nordland — Bendler sagte es in heiterem Tone —: das ist ein großes Krankenhaus drüben am See und später noch ein Sanatorium. Vorläufig kommt die Sache nicht vom Flede; sie ist an dem mahllos hohen Preise gescheitert, den Herr Wendler für den in Aussicht genommenen Grund und Boden fordert, der sich allein für diesen Zweck eignet. Ich verhehe keine Panikmensch nicht ganz; denn in seinem Interesse hat er allereinst liegt der Bau eines eigenen Krankenhauses für Nordland. Der Fall Kaufmann hat es schlagend bewiesen. Er hat den Mann jetzt noch auf dem Hals mit Kosten, die es sonst nicht extra geben würde. Ich halte aber Herr Wendler für zugänglich und möchte meinen persönlichen Einfluß bei ihm versuchen. Ich bitte Sie, mir zu sagen, wo und wann ich ihn in den nächsten Tagen einmal sprechen könnte, ohne lästig zu fallen.“

„Marten Sie lieber mit dieser Sache bis nach der Hochzeit; es sind ja nur noch vierzehn Tage. Jetzt ist es wirklich für gar nichts zu haben. Ich finde, es überstreift.“ „Wir leben im Zeitalter der Überbetreibungen. Der Kaufmann mit Menschen und Dingen wird ins Wahlfeld gehergt. Es liegt darin eine große Gefahr für eine Nation. Aber wenn die Sache einen Höhepunkt erreicht, kommt gewöhnlich ein großer Krieg und bringt alles wieder auf einen gleicheren Standpunkt zurück.“

„Ich denke, das Schicksal wird diese kleine Prinzessin bald in die Lehre nehmen. Sie ist schon regierende Königin in der Villa Gertrud, und es dauert nicht mehr lange, dann will sie der liebe Gott selber sein.“ „Einstweilen wollen wir uns ihres Glückes und Kräftiges freuen.“

„Ich, meine goldenen Gaben so unbedeutend über einzelne Sterbliche auszusprechen! Es wird mir nie einfallen, mich darüber zu freuen.“

„Es ist denn wirklich immer Glück, was so ansieht? Siegt das erste Glück nicht ganz so anders — eine blaue Blume im stillen Tal, die jeder finden kann, der sie zu jucken versteht?“

„Ja“, sagte Lore neugierig, „die stillen Täler! Das ist Landposten-Weisheit. Unsere Zeit weiß Besseres. Ich liebe die Höhen und nicht die Täler!“

„Der Weg auf die Höhen führt immer durch das stille Tal.“

„Oh, denn nimmt man die Höhen im Flügel?“ „Und man flügel eben so schnell wieder ab. Wer sich haften auf der Höhe halten will, muß den Gipfel im Schweiße seines Angesichts erklimmen. Lore, weiß ich Glück mühte es sein, Hand in Hand mit einem treuen Kameraden den Pfad zu finden und über alle Steine und Dornen hinweg zu wandern bis zum leuchtenden Ziel!“

„Sie sind ein Schwärmer!“

Sie gestakete es, daß er ihre Hand suchte und fand und ließ seinen Arm in den ihren hob. Sie lachte ihr leicht girrendes Lachen und meinte ihn, und ihre Samtaugen hatten den leuchtenden Blick. Bald lachte sie ihn, bald hielt sie ihn gerad und ließ ihn ihre Qualen leiden. Bis er sie in seine Arme hob. Da stellte sie sich entrückt, sagte, „was fällt Ihnen ein?“ und „wie kommen Sie dazu?“

Er kam durch diese heißen und kalten Sturzflüsse gleich aufgeschuld an dem Fußberg an und war mehr denn je in ihrer Gewalt. Räte und Richard Bauer lagen dort bereit, unter dem alten Kaufmann vor der Föhre, und oben laute Rufe mit Schwärzern. Sie oben aus einer Schüssel, denn sie war so groß für einen allein; so oben um auch Lore und Bendler aus einer Schüssel, und für Bendler war es ein Göttermaß. Rings umher der schweigende Hochwald, prächtiger aller Kiefernbestand, und die Föhre eine Nyctale mit tiefem Geier und wenig Menschen.

Als Bendler wieder allein in dem Zimmer mit dem Tempel von Pachtum war, sah er lange in seiner Sofaede und wurde ihm ganz klar darüber, daß er Glane sei eines Weibes. Und doch machte ihn diese Glanerei zu einem seligen Gott. Und nun wußte er, daß er bisher von der Liebe gesprochen hatte wie der Blinde von der Farbe

(Fortsetzung folgt)

die Weberherstellung der Regierungsvorlage mit dem gleichen Wahlrecht stimmten Sozialdemokraten und Fortschrittler geschlossen. Von den Nationalliberalen unterließ die die größere Hälfte die Regierungsvorlage, während die andere Hälfte sich dagegen aussprach. Das Zentrum stimmte der Vorlage für das gleiche Wahlrecht. Dazu kamen schließlich noch einige wenige Freireiher. Die genaue Lage über die Abstimmung liegt uns im Augenblick noch nicht vor. Schließlich wurde, ebenfalls in ungenügender Abstimmung, der Kommissionsbeschluss wieder das von uns mehrfach besprochene Mehrheitswahlrecht vorbeschrieben, mit 232 gegen 183 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Der Regierung hat der 2. Mai, der immer ein denkwürdiger Tag in der Geschichte Preußens sein wird, eine Niederlage gebracht. Sie hat jetzt die Konsequenzen zu ziehen, die sie mehrfach angekündigt hat. Das soll nach der gefälligen Erklärung des Staatsministers Dr. Friedberg jedoch erst nach der letzten Beratung erfolgen. Offenbar wird sich auch noch der Herrenhaus mit der Vorlage beschäftigen. Aber das Wort: „Zeit gewonnen, alles gewonnen“, trifft hier ganzlich nicht zu. Nur durch Bewußtsein der Regierung die Möglichkeit bekommen, das Wort des Königs zur Einleitung zu bringen. Der Wahlkampf kommt! Und er wird bald kommen. Das liberale Bürgertum in Stadt und Land, das den freien Bürger in einem nach innen und außen freien Staat wünscht, wird gut tun, alle Vorbereitungen für den Wahlkampf zu treffen, damit der Reaktion für ihren volksfeindlichen Beschluß vom 2. Mai eine deutliche Quittung erteilt wird. O. H.

Erzberger und Hertling. Eine Denkschrift Erzbergers.

Ueber eine erregte Auseinandersetzung, die zwischen dem Reichsanwalt Grafen Hertling und dem Abgeordneten Erzberger stattgefunden haben sollte, wurde kürzlich im „Reichsboten“ berichtet. Die „Tägliche Rundschau“ greift diese Behandlung auf und fügte, wie das „E.“ feststellte, aus eigenem Gehör:

Kann Erzberger auch kennen, seinerzeit als die Kandidatur des Grafen Hertling für den Reichsanwaltschaftsausschuß, in der Reihen anderer Fraktionen mit Denkschriften gegen die erste Kanzlerkandidatur eines Zentrumsleiters haften gegangen zu sein?

In der „Zentrumsparlamentarischen Korrespondenz“ wird demgegenüber folgende Feststellung gegeben:

„Abg. Erzberger hat, nachdem Graf Hertling ihn am Tage seiner Ankunft in Berlin zu sich gebeten und ihm Kenntnis gegeben hatte, daß ihm das Amt des Reichsanwalters angeboten worden sei, nicht aber des preussischen Ministerpräsidenten, sofort auf die großen Bedenken hingewiesen, welche in einer Trennung der beiden Ämter liegen. Er hat dann auf Wunsch des Grafen Hertling die Bedenken in eine Denkschrift zusammengefaßt und diese dem Grafen Hertling am darauffolgenden Tage selbst übergeben. Diefelbe wurde von ihm in den Sitzungen des internationalen Ausschusses verlesen, wozu er zuvor dem Grafen Hertling Mitteilung machte. Bekanntlich ist denn auch am Tage darauf die Trennung des Reichsanwaltschafts und des Ministerpräsidenten fallen gelassen worden, worauf dem Grafen Hertling die Annahme des Amtes überhaupt möglich wurde. Die Begründung der „Täglichen Rundschau“ stellt also wieder eine freie Erfindung dar.“

Die „Germania“ bestätigt diese Ausführungen auf Grund eigener Kenntnis der Denkschrift, in die sie seinerzeit Einsicht genommen habe.

Weitere Beschickung von Paris.

WTB. Paris, 1. Mai. Havas. Das große deutsche Gesandte hat die Gegend von Paris wieder beschossen. Drei Frauen wurden leicht verwundet.

Schritte auf der Treppe.

Roman von Marie Stahl.

21. Fortsetzung. Bendler hatte sie nie gehabt und Freundinnen auch nicht; sie war immer sehr für sich gewesen und darum auch sehr eigen mit ihren Sagen. Aber Giselher durfte sich an ihren Schweißblättern zeigen, wenn er wollte, auf ihrem Hügel und sogar auf ihrem Duwan mit der prächtigen Goldbede liegen. Er war vielleicht der erste Mensch im Leben, dem sie kleine Opfer brachte; man hatte ihr sonst noch keine Gelegenheiten dazu gegeben.

Lore Eben ärgerte sich, daß die blaue Äter sich in eine rote rote verwandelt. Sie hatte Ebnitz gegenüber mit Giselhers Anbetung gepiekt und sie als Waise für sich gebraucht. Es war ihre Taktik, immer einen Mann mit dem anderen zu reizen. Ebnitz hing bereits an, Giselher einen „dünnen Jungen“ zu nennen, dem er „nächstens eine Lektion erteilen würde“. Aber er beruhigte sich wieder.

Lore kam nun auf Doktor Bendler zurück. Sie hatte sich weiter nicht um ihn gekümmert und einen Brief von ihm, der nichts enthielt als die Frage: „Warum nicht?“ gar nicht beantwortet.

Eines Tages aber kam Käthe Eben wieder, sie zu einer Radpartie abzuholen und im Radstei traf man zufällig Doktor Bendler und Richard Bauer.

Lore war gar nicht böse darüber und nahm die Liebesanrede, ohne zu fragen, ob zufällig oder nicht, ruhig hin. Bendler belagert Takt genug, ihr keine Vorwürfe zu machen; das Glück, einmal wieder mit ihr zusammen zu sein, ließ ihm aus den Augen. Er hatte von Bauers Kommen nichts gehört. Am Krankenbette der Kinder, die Waisen bekommen hatten, trat er Käthe eben näher, und als er von ihrer Schwärzerei für Lore Eben hörte, befreundete er sich sogar mit ihr. Hier gab es eine Hoffnung für ihn in betreff Lorens. Und er lächelte sich nicht. Käthe erteilte bald seine Wünsche und ließ ihn diese Radpartie vor. Das nun „zufällig“ auch Richard Bauer dazu kam, war ja recht nett. Es zählte sich besser zu zwei und zwei als zu dreien.

Käthe und Richard waren bald weit vorans auf dem Wege zum Fußberg.

Lore und Bendler folgten ab und wanderten zu Fuß, wenn der Weg schieflich wurde. Bendler sprach von der großen Verlobung, die er in seinem Betrage fände, daß Arbeit allein, Arbeit mit dem Einlage der ganzen Nation im inneren Geist und

von den Dänen sollte uns dankbar dafür sein, daß wir ihm Gelegenheit gegeben haben, seine Beurteilung des Volkes nach vor dem Volk zu vertreten. (Anstöße rechts.)

Abg. Hue (Soz.): Herr von den Dänen hat als letzter das Wort ergriffen, damit wir nicht mehr antworten können. Das kennzeichnet seine Kampfesweise.

Abg. von den Dänen (Kons.): Meine Worte sind aus dem Zusammenhang gerissen worden. Ich wolle es entschließen gerad, daß ich nicht zu meinen Worten stehe. Sie bedeuten aber keine Beurteilung des Volkes. (Lachen links.)

Nach 3 Uhr wird mit der Abstimmung begonnen.

Abg. Bredt (Freikons.): beantragt, die Abstimmung über die §§ 1-3 auszusetzen, bis kein Antrag eingelegt ist, wonach zu einer Veränderung der Verfassung eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist.

Abg. Hirsch (Soz.) bittet um Ablehnung dieses Antrages. **Abg. v. Heybrand (Kons.):** Auch wir sind gegen diesen Antrag.

Abg. Hoffmann (Unabh. Soz.): Auch ich befinde mich mit Herrn von Heybrand in Übereinstimmung. (Große Heiterkeit.)

Abg. Schröder-Cassel (Natf.) wendet sich gleichfalls gegen den Antrag.

Abg. Hübde (Freikons.): Die große Mehrheit meiner Freunde wird gegen den Antrag Dr. Bredt stimmen (Große Heiterkeit.)

Abg. Bredt (Freikons.): steht darauf seinen Antrag zurück.

zur Abstimmung gelassen.

Nach der stellvertretenden Ministerratspräsident Dr. Friedberg begibt sich auf seinen Platz als Abgeordneter und stimmt für die Regierungsvorlage. Zur Abstimmung gelangt zunächst der § 1, wonach jeder Preuze wahlberechtigt ist, der das 25. Lebensjahr vollendet hat. Ein Antrag der Sozialdemokratie auf Einführung des Frauenstimmrechts und Beschneidung des Wahlalters auf 24 Jahre wird gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und gegen einige Freikonservativen abgelehnt. Ebenso wird der fortschrittliche Antrag abgelehnt, nachdem die Frist der Drisanhängigkeit verlängert werden sollte.

Die Abstimmungsergebnisse im Abgeordnetenhaus. Berlin, 2. Mai. Im Abgeordnetenhaus wurde Paragraph 1 der Wahlrechtsvorlage (Wahlberechtigung) in einfacher Abstimmung in der Kommissionsfassung angenommen. Damit ist der Antrag Braun (Soz.), wonach die Wahlberechtigung mit dem vollendeten 20. Jahr ohne Unterscheid des Geschlechts beginnt, abgelehnt, ebenso der Antrag Kronsohn (F. Sp.), wonach die Bestimmung über die dreijährige Staatsangehörigkeit streichen werden soll.

Paragraph 2, Ausschluß von der Wahlberechtigung stand heute nicht zur Erörterung.

Bei Paragraph 3 wurde der sozialdemokratische Antrag auf Wahlberechtigung des § 2 der Meiningensvorlage, der das gleiche Wahlrecht vorseht, mit 235 gegen 183 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Paragraph 3 der Kommissionsbeschlässe, welcher ein Mehrstimmigen-Wahlrecht vorseht, wurde in namentlicher Abstimmung mit 232 gegen 183 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen angenommen.

Wegen das gleiche Wahlrecht stimmen nahezu geschlossen die Konservativen, nur die Sozialisten (Christlich-sozial) und Sozialist (Mitarbeiter) stimmen dafür. Auch die große Mehrheit der Freikonservativen stimmte dagegen, ferner die Hälfte der Nationalliberalen unter Führung von Logmann. Zu den Gegnern treten noch einige Zentrumstimmen, u. a. Graf Seeck. Für das gleiche Wahlrecht stimmten geschlossen die fortschrittliche Volkspartei, die Sozialdemokraten, die Unabhängigen, die große Mehrheit des Zentrums und die Hälfte der Nationalliberalen. Als das Abstimmungsergebnis bekannt gegeben wurde, rief der Abg. Adolf Hoffmann: „Bredtgrau! Wahlrechtsarbeiter! Hört! (Allgemeine Bewegung.)“

Deutscher Reichstag.

Berlin, 2. Mai. Fortsetzung der ersten Beratung des Arbeitskammergesetzes.

Abg. Brandis-Sulzbach (U. Soz.): In dem Gesetzentwurf kommen nicht Bernunft und Recht zum Wort, sondern ein weiterer Schutz der unerfährlichen Unternehmerrschaft. Die Regierung zeigt sich wieder als Cavalier des Kapitals. Eine berufliche Förderung der Kammer wäre nicht zweckentsprechend. Die Interessen wirtschaftlicher Gruppen können auch ohne ein solches Gesetz wahrgenommen werden. Die Arbeiter werden nach wie vor, wenn der gesetzliche Schutz versagt, auf ihre eigene Kraft angewiesen sein.

Abg. Sawitzki (Soz.): Die Vorlage bietet eine gute Handhabung zur Wiedereingliederung der Volkswirtschaft. Auch die Landarbeiter müssen in das Gesetz einbezogen werden.

Abg. Siebel (Soz.): Das Einigungswesen muß wesentlich verbessert werden. Die Angestellten- und Arbeitervereine und die Angestellten-Kammern müssen in dieses Gesetz hineingearbeitet werden. Die Technikerverbände und der größte Teil der kaufmännischen Angestellten sind gegen besondere Angestellten-Kammern.

Abg. Kaufhoff (Zentr.): Die Angestellten können nicht mit den Arbeitstammern verquart werden.

Abg. Marschall (Natf.): Die Arbeitgemeinschaft der kaufmännischen Verbände mit ihren 600 000 Mitgliedern wünscht

besondere Angestellten-Kammern.

Die Vorlage geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern. In der zweiten Sitzung des Haushalts des Reichsministeriums wird über allgemeine

Fragen, die Stilllegung von Betrieben und Ueberführung der Kriegs- und Lebenswirtschaft beraten.

Abg. Bauer-Kaufmann (Zentr.): Infolge des Krieges ist das Reich der größte Auftragsgeber geworden. Bei großem die Begründung des Reichswirtschaftsrates, dessen Aussehen möglichst bald und flüchtlos erfolgen muß. Die Lehren der Kriegswirtschaft haben dem deutschen Volk vor den kommunizistischen Experimenten die Augen geöffnet. Es ist überzeugt, daß die Staatsverwaltung nur dann eingreifen sollte, wenn es unbedingt erforderlich ist. Der freie Wettbewerb muß wieder hergestellt und die Preisvorschriften müssen verschwinden. Vor allem sollte das Reichswirtschaftsrat die

Förderung und Erhaltung des Mittelstandes betreiben. Der Schutz der Landwirtschaft hat sich im Kriege bestens bewährt. Sie ist das Rückgrat unserer ganzen Wirtschaft. Ein Fortschritt ist es, daß die Stilllegung von Betrieben nur noch vom Reichswirtschaftsrat verfügt werden kann. Die Konzentration von Reichsbetrieben in Berlin muß in Zukunft vermieden werden. Die Forderungen an das heimische Ausland müssen nach den früheren Verträgen mit allen Mitteln durchgeführt werden.

Abg. Südekum (Soz.): Die Tölung des alten Reichsamt des Innern begrüßen wir. Für das Reichswirtschaftsrat brauchen wir ein klarumrissenes wirtschaftlich-politisches Programm. Lediglich in dem Kriege, der nicht nur eine militärische, sondern auch eine wirtschaftliche Angelegenheit ist, bestehen, so muß die staatliche Organisation eintreten.

Weiterberatung Freitag 2. Mai.

Die Kiewer Vorgänge im Hauptauschuß. Weitere Beratung der Steuervorlagen.

Im Hauptauschuß des Reichstages brachte heute vor Eintritt in die Tagesordnung Abgeordneter Ebert (Soz.) die gemeldeten Vorgänge in Kiew zur Sprache. Die amtliche Meldung über die Verhaftung von Mitgliedern der ukrainischen Regierung und Androhung von harten Strafen durch Generaloberstreich von Eichenhorn haben auf Auerharts überredet. Er litte den Auschuß, seinen Antrag zu unterziehen, den Reichstanzler zu ersuchen, eine sachgemäße Darstellung der Verhältnisse in Kiew und in der Ukraine zu geben. Demgemäß wurde beschloßen, und der Reichstanzler beauftragt, sich hierüber mit dem Reichstanzler in Verbindung zu setzen.

Hierauf nahm der Hauptauschuß die Erhöhung der mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebenden außerordentlichen Reichsabgaben nach den Sätzen des Entwurfes an, dazu den im Austausch mit Stimmgleichheit abgelehnten Antrag, unter die Befreiung aus Einzellandungen von Zeitungen und Zeitschriften aufzunehmen. Der Entwurf berührt nicht nur Patentsendungen mit Zeitungen und Zeitschriften.

Es folgte die Fortsetzung der Aussprache über die geltend gemachten Anträge auf Aufhebung der Vortorfreiheit der Kirchen. Staatssekretär Küblin erwiderte, die Anträge abzulehnen, aber wenigstens sie nicht zur Abstimmung zu bringen. Die Vortorfreiheit habe ein wohlverordnetes Recht der Kirchen dar, das nicht ohne weiteres beseitigt werden könne. Der Auschuß beschloß jedoch mit großer Mehrheit, in den Entwurf den fortschrittlichen Antrag einzufügen, wonach die Vortorfreiheit der Kirchen, ihrer Gemahlinnen und Witwen aufgehoben werde, soweit sie nicht durch die Staatsverträge des Norddeutschen Bundes mit den königreichen Bayern und Württemberg für den inneren Verkehr dieser Bundesstaaten geschützt ist. Damit ist die erste Lesung dieses Entwurfes beendet.

Sturz der ukrainischen Regierung. Die neue Regierung für die West-Litowster Beschlässe.

Berlin, 2. Mai. In der Ukraine sind die alte Rada und die bisherige Regierung in Kiew eingestürzten Bauernrepublik gestürzt worden. Die neue Regierung hat sofort erklärt, sich auf den Boden des West-Litowster Friedens zu stellen. — Wie weiter berichtet wird, sind die in Kiew verhafteten gewissen Personen inzwischen aus der Haft entlassen worden. Die Verhaftung hängt übrigens nicht mit der Staatsumwälzung in der Ukraine zusammen.

Noch keine Einigung mit Holland. Der Handel mit Tauscherzeugnissen noch freitrag.

Rotterdam, 2. Mai. Der gewöhnlich sehr gut unterrichtete Haager Berichterstatter des „Handelsblad“ sagt, daß der Bericht des „Nieuwe Rotterdamse Courant“, wonach eine Einigung in dem Punkte erzielt sei, worüber zwischen Deutschland und Holland noch Meinungsverschiedenheiten herrschen, einen zu optimistischen Eindruck von dem augenblicklichen Zustand widerspiegelt. Man wird wahrscheinlich zu einer Ueberreife in der Handels- und Kriesfrage kommen, aber diese Frage ist heute nicht mehr so vorherrschend wie zu Beginn. Was die anderen Punkte betrifft, z. B. die Eisenbahnverbindung über Eimburg, so kann nichts anderes gesagt werden, als daß die Verhandlungen fort-dauern. Hierzu vermindert das „Handelsblad“, daß die Sand- und Kiesfrage keine Veranlassung war, um die Verhandlungen über ein neues Wirtschaftsabkommen mit Deutschland zu verzögern. Die Verhandlungen dauern fort. Der Handel mit Tauscherzeugnissen ist die Veranlassung, weshalb die Verhandlungen zunächst nicht zum Ziel kommen. Die Krise scheint jedoch merklich abgeflaut zu sein. Was das „Handelsblad“ weiter erzählt, wurden verschiedene militärische Maßnahmen, die auf Grund des unruhigen politischen Zustandes getroffen worden, wieder rückgängig gemacht, so wurde die Veranlassung aufgehoben, nach der die Telegrammenämter in Orien, die militärische Garnison haben, auch nichts für den militärischen Gebrauch geöffnet sein mußten. Dasselbe geschah auch mit der militärischen Ueberwachung der Telegraphenbureaus auf den Eisenbahnstationen.

Ribots und Painlevés Aussagen. Der Brief Kaiser Karls.

Bern, 2. Mai. Ueber die Aussagen Ribots und Painlevés vor der Kammerkommission für auswärtige Ange-

legenheiten berichtet der „Matin“ folgende Einzelheiten: Ribot legt unter Vorführung von betreffenden Urkunden dar, daß zu der Zeit, als Kaiser Karl seinen Brief an den Kaiser Sigmund schrieb, Verhandlungsmöglichkeiten existierten nicht ins Auge zu fassen waren. Der hohe Gedanke daran hätte die ernstesten Folgen gehabt. Ein Eingehen auf die Anregungen des Kaisers von Oesterreich hätte die Gefahr gebracht, alle Verbindungen zu brechen und schließlich die Freundschaft mit Italien zu gefährden. Auch die Erklärungen Painlevés waren interessant und sehr bestimmt. Er sagte: Beifall war der Kaiser von Oesterreich guten Glaubens, aber es ist nicht, daß Oesterreich nicht in der Lage gewesen wäre, die von ihm gewünschten Verhandlungen zu einem erfrischenden Ende zu führen.

Ueberschwemmungen durch die Alliierten geplant.

WTB. Bern, 1. Mai. Bregin meldet dem „Corriere della Sera“, für den Fall der Preisgabe des Oberbogens müßten die Ueberschwemmungen den schweblichen Normanzhänden. Die Alliierten beschließen sich heute darauf, die allerwichtigsten Punkte zurückzuerobern.

Die französische Presse über die Lage in Flandern.

Bern, 1. Mai. Die Einnahme des Kemmelberges wird von der französischen Presse weiter besprochen. Die Alliierten versuchen im allgemeinen die Bedeutung des Ereignisses durch den Hinweis darauf abzuwehren, daß es den deutschen Truppen nicht gelungen sei, bei dem kriegsglücklichen Angriff auf den Dünen der Flandern größere Erfolge zu erzielen. Die Höhen, die der Feind jetzt ergriffe und größtenteils schon zum Fall gebracht habe, seien die letzte Schranke, die die Straße nach Dünkirchen herrte. Der Fall aller Höhen bis zum Cateberg würde die Stellung der englischen und belgischen Truppen an der Yser schwer gefährden. „Matin“ schreibt: Die Deutschen versuchen, den äußersten linken Flügel der englisch-französischen Armeen mit aller Gewalt zu sprengen. Die Deutschen haben es trotz ihrer inneren Verbindungsstellen bisher nicht fertig gebracht, sich die äussernwestliche Uebertreten zu sichern.

Zwei englische Kriegsschiffe versenkt.

Amsterdam, 1. Mai. (Renter.) Nach einer amtlichen Meldung ist das britische Kanonenboot „Cowslip“ am 25. April durch Torpedoschiff versenkt worden. Fünf Offiziere und ein Mann werden vermisst. Das Torpedoschiff 90 ist am 25. April bei IJmuiden versenkt worden. Ein Offizier und 12 Mann werden vermisst.

König Nikita reist nach Italien.

Genf, 2. Mai. „Echo de Paris“ meldet aus Nordwegen: Der König von Montenegro ist am Montag über Nizza nach Turin abgereist. Ob König Nikita mit seinem Schwiegerkaiser, dem König von Italien, bodenpolitische Gespräche führen wird? Ober-treid ist nur die schwiegerpätrische Schmach nach dem Tode der Feigen und Apfelfrüchte? Schwiegerkaiser wie Schwiegerkaiser werden sich manches Leid können.

Staatssekretär Dr. Solf.

Berlin, 2. Mai. Der Staatssekretär des Reichs-Kolonial-amts Dr. Solf befindet sich auf dem Wege der Beurlaubung und wird in den nächsten Tagen von Bern nach Sigmund übersehen.

Die Maifester in Wien.

Wien, 2. Mai. Die Maifester der Arbeiterschaft sind bisher in voller Ruhe verlaufen. Nur vorübergehende Demonstrationen traten mit einem Programm für den allgemeinen Frieden ohne Eroberungen und ohne Kriegserklärungen. Für die Verbrüderung der Arbeiter aller Länder und Einführung des Achtstundentages hat die sozialdemokratische Parteileitung alle Demonstrationen abgelaßt.

Deutscher Handelskammertag. Tagung im Herrenhaus.

Donnerstag traten im Herrenhaus zu Berlin die Mitglieder des Deutschen Handelskammertages zu einer Beratung zusammen, in der Vertreter des preussischen Ministeriums, der Reichsämter und fast sämtlicher außerpreussischen Bundesstaaten und Handelskammern des Deutschen Handels- und Gewerkekammertages und des Handelsbundes teilnahmen.

Gef. Kommerzienrat Engelhard-Pannheim gab eine Erklärung ab über die Behandlung der neuen Entwurfsvorlagen durch den deutschen Handelskammertag und bedauerte, daß der Handelskammertag nicht vorher Gelegenheit zu einer Aeußerung gegeben worden sei; die Vorlagen sollen unmittelbar im Anschluß an die Vorkonferenzen der anderen Kommissionen beraten werden.

Staatsminister Dr. Sydow wies in einer längeren Ansprache auf die hohen Leistungen von Industrie und Handel während der Kriegszeit hin, denen der bescheidene Dank für die Unterstützung bei der Kriegsführung gebühre. Er erkannte die Bedeutung an, die den amtlichen Handelsvertretungen für die Beratung der Reichsämter in der Kriegswirtschaft zukomme, und versicherte, daß die Beratungen, die in den Beschläßen des Deutschen Handelskammertages zum Ausdruck kommen sollen bei den Regierungsstellen Gehör finden werden. Diefen namens der Reichsämter abgegebenen Erklärungen fügte er noch längere Ausführungen zum Standpunkt eines Arbeitgebers hinzu. Er machte dabei die den Landtag beschließende Vorlage, betreffend die Neuordnung der preussischen Handelskammer und betonte die Notwendigkeit, daß durch die Befestigung der jetzigen Zersplitterung die Handelsämter in der Lage sein würden, den von der Gesetzgebung ausgehenden Einfluß im öffentlichen Leben auszuführen. Nur dadurch würde es gelingen, den amtlichen Handelsvertretungen gegenüber ihre Bedeutung und Stellung den in der Kriegswirtschaft verstärkten Aufgaben zu sichern.

Er behandelte dann die Fragen der Zusammenfassung des Handelsbundes und die den Handel mit den Industrie-Unter-

